

Offene Worte

Online
Nr. 62

Zeitung der LINKEN für den Barnim 8. Nov. 2020, 30. Jahrg.

Steigen im Barnim **jetzt die Mieten?**

Brandenburger Regeln zur Mietbegrenzung enden am 31. Dezember/Antrag der LINKEN abgelehnt. Im Barnim betrifft es Ahrensfelde, Bernau, Panketal und Werneuchen.

Es sind die kürzesten Verordnungen im Land Brandenburg überhaupt, umfassen jeweils inhaltlich nur einen Paragraphen: In der Mietpreisbegrenzungsverordnung steht, dass in Gemeinden, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist, die ortsübliche Miete bei Beginn eines Mietverhältnisses nur um maximal 10 Prozent überschritten werden darf. In der zweiten Verordnung wird eine so genannte Kappungsgrenze, um welche Mieten bei bestehendem Mietverhältnis in drei Jahren maximal erhöht werden dürfen, auf 15 Prozent festgesetzt. Beide Regelungen wurden durch die Landesregierung aus SPD und LINKEN zum 1. Januar 2016 in Kraft gesetzt. Sie enden automatisch zum 31. Dezember 2020.

In ihr sind 31 Brandenburger Gemeinden im Großraum Berlin festgelegt, bei denen befürchtet wird, dass die Wohnungsmieten unangemessen stark steigen. Im Barnim gilt dieser Mieterschutz für Bernau, Panketal und Werneuchen sowie bei der Kappungsgrenze zusätzlich für Ahrensfelde.

Inzwischen, so informierte Matthias Krebs, Vorstandsmitglied und

Rechtsberater des Barnimer Mietervereins e.V., wurden in einem Gutachten, das sich mit der Wohnungsbauförderung befassen soll, bereits 54 Städte und Gemeinden benannt, die einen angespannten Wohnungsmarkt aufweisen. Die Landesregierung will zu den Mieterschutzinstrumenten ein Gutachten vorlegen. Was dort drin steht,

ist bisher noch nicht bekannt, weil deren Veröffentlichung verzögert wird und nun wohl erst Ende November erfolgen soll. Ob dann noch die Verlängerung der Verordnungen über den 31. Dezember hinaus erfolgen kann?

„Wir Interessensvertreter der Mieter sind bestürzt, dass eine Verlängerung beider Verordnungen vom zuständigen Ministerium abgelehnt wird. Die Verordnungen sind elementare Bausteine, um auch künftig einer ausufernden Steigerung der Mietpreise und damit einer sozialen Verdrängung zu begegnen.“ macht Matthias Krebs die Position des Barnimer Mietervereins deutlich.

DIE LINKE im Landtag Brandenburg hat schon zu Beginn des Jahres auf die drohende Entwicklung hingewiesen. Ein

Antrag auf Verlängerung der Regelungen wurde im Frühjahr im Landtag abgelehnt. „Wir haben als Politik die Aufgabe, Mieter*innen zu schützen. Wohnen ist und bleibt ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt.“, sagt Sebastian Walter, Fraktionschef der LINKEN im Landtag. „Auch in einigen Städten in Brandenburg drohen Mietsteigerungen wie in Berlin. Gerade in Zeiten von Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit kann das für viele Familien eine weitere Belastung werden. Nur die SPD/CDU/Grünen-Koalition scheint das Problem auf die lange Bank schieben zu wollen,“ macht der Eberswalder deutlich.

Um den Druck von der kommunalen Ebene zu erhöhen, wird DIE LINKE jetzt in den betroffenen Kommunalparlamenten Anträge stellen und die Landesregierung so zum Handeln auffordern. „Wenn diese Richtlinien nicht verlängert werden, droht Wohnen für viele nicht mehr bezahlbar zu sein. Politik kann und muss hier jetzt handeln,“ fordert Sebastian Walter. **bc**



Mehr dazu, auch zum Mitmachen, unter:

<https://www.miete-bezahlbar.de/auftrag-unterzeichnen/>

